

Was jetzt angepackt werden muss – 5 Punkte für Basel-Stadt

31. Januar 2024, Conradin Cramer & Luca Urgese

Basel-Stadt steht glänzend da. Wir sind finanziell gut aufgestellt, die Lebensqualität ist hoch, unser Kanton verfügt über hervorragende Hochschulen und Kulturinstitutionen und wir sind stolz auf einen weit über die Kantonsgrenzen hinaus bedeutenden Wirtschafts- und Forschungsstandort.

Gleichzeitig ist klar: Damit das so bleibt und wir unsere Spitzenpositionen auch in Zukunft halten und ausbauen können, müssen in den kommenden Jahren in vielen Bereichen die richtigen Weichen gestellt werden – sei es mit Blick auf den Wohnraum, unseren Hochschulstandort, aber auch unsere Volksschulen, unser Kulturleben, das Steuerumfeld oder die Modernisierung unserer Infrastruktur.

Und klar ist auch: Regierungsratswahlen sind Personenwahlen. In den vergangenen Tagen und Wochen ist viel über parteipolitische Befindlichkeiten oder familiäre Hintergründe diskutiert und geschrieben worden. Doch am 3. März geht es vor allem darum, welche Persönlichkeiten und Kompetenzen unseren Kanton in Zukunft in der Regierung mitgestalten sollen.

Wir beide, Conradin Cramer und Luca Urgese, treten als Team an – für Kompetenz und Strahlkraft im Regierungspräsidium und im Regierungsrat. Und wir sind davon überzeugt, dass in den kommenden Jahren vor allem in fünf Bereichen angepackt werden muss, um Basel-Stadt auch für die Zukunft gut aufzustellen.

Erstens: Die Wohnraumblockade aufheben

Bis 2035 rechnet der Regierungsrat mit einem Bevölkerungswachstum um etwa 20'000 Einwohnerinnen und Einwohner – das ist Ausdruck unseres lebenswerten Kantons. Gleichzeitig wissen wir, dass unsere heutige Infrastruktur mit Blick auf Wohn- und Arbeitsräume mit dieser Entwicklung schon bald nicht mehr Schritt halten kann. Deshalb müssen wir in den kommenden Jahren noch mehr unternehmen, um rasch mehr guten und zahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Das gelingt uns erstens, wenn wir die Prozesse und Bewilligungen deutlich vereinfachen. Denn die heutigen Bestimmungen des Wohnschutzes in Basel-Stadt sind zu aufwendig und zu kompliziert. Zweitens ist die Initiative «Basel baut Zukunft» unmissverständlich abzulehnen. Bei einer Annahme würde die dringend notwendige Entwicklung der Areale Klybeckplus und Dreispitz und damit Wohnraumförderung verhindert. Demgegenüber ist der Gegenvorschlag des Regierungsrates Ausdruck eines pragmatischen Kompromisses. Drittens muss der Kanton endlich bessere Bedingungen für Investoren schaffen: Die derzeitige Wohnbaupolitik in Basel führt zu einer gefährlichen Investitionsblockade. Diese trifft vor allem die Mieter und diejenigen, die neu eine Wohnung suchen: Fehlende Investitionen führen zu weniger, teurerem und schlechterem Wohnraum.

Deshalb ist es richtig, dass wir die Situation im Regierungsrat genau analysieren und gestützt auf die Ergebnisse dieser Analyse rasch Verbesserungen erwirken. Doch dafür

braucht es im Regierungsrat eine Mehrheit, die hinter solchen Verbesserungen steht. Um diese Mehrheit zu erreichen, spielt das Regierungspräsidium eine wichtige Rolle.

Zweitens: Eine vielfältige Kulturlandschaft fördern

Im Wahlkampf wurde bisher kaum über Kultur und Kulturpolitik diskutiert. Das ist angesichts der direkten Zuständigkeit des Präsidialdepartements bemerkenswert. Denn klar ist, dass Basels besondere Ausstrahlung nach innen und in die Welt hinaus zu einem guten Teil unseren Kulturinstitutionen zu verdanken ist.

Die Kulturpolitik steht in den nächsten Jahren vor wichtigen Aufgaben: Es gilt, ein neues Kulturleitbild für den Kanton zu erstellen, dieses breit abzustützen und mit den verschiedenen Museumsstrategien in Einklang zu bringen. Weiter müssen wir die Provenienzforschung vorantreiben. Und klar ist auch: Die Digitalisierung stellt vor allem Museen, aber auch andere Akteure vor grosse Herausforderungen – hier ist in Zukunft noch wesentlich mehr Zusammenarbeit notwendig. Ferner gilt es, die Musikstadt Basel mit ihren grossartigen Orchestern, der Musikakademie und der Hochschule für Musik weiter zu stärken. Die nach der «Trinkgeldinitiative» zur Verfügung stehenden Mittel für alternative und junge Kultur sind wirkungsvoll einzusetzen. Und fragile Kulturgüter, wie der einmalige Handschriftenbestand der Universitätsbibliothek, sind konservatorisch neu zu sichern.

Für all diese Aufgaben braucht es eine starke Führung, die Kultur als Herzenssache versteht und den politischen Willen verkörpert, die vielfältigen kulturpolitischen Herausforderungen mit Elan anzupacken.

Drittens: Den Forschungsstandort stärken

Die Volksschule und die Berufsbildung sind wesentliche Pfeiler unseres Bildungssystems. Sie müssen gestärkt werden und waren deshalb in den letzten Wochen zurecht im Fokus der Bildungsdebatte. Doch Basel-Stadt ist auch ein herausragender Forschungs- und Hochschulstandort von internationaler Strahlkraft.

Durch den absehbaren Rückgang der Bundesbeteiligungen für Bildung, Forschung und Innovation droht die Unterfinanzierung unserer Hochschulen. Das dürfen wir nicht zulassen. Unser Anspruch muss es sein, im Bereich der Hochschulbildung und Forschung auch in Zukunft weltweit führend zu sein. Denn dieser Status ist eine zentrale Säule der Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Universität Basel als Volluniversität mit allen bestehenden Fakultäten erhalten bleibt und dafür ausreichend finanziell unterstützt wird. Weiter sollten die Beiträge der Trägerkantone und des Bundes erhöht werden, um international wettbewerbsfähig zu bleiben und Talente aus aller Welt für unseren Life-Science-Standort zu gewinnen.

Zudem muss auch die Finanzierung unserer Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) verbessert werden. Sie leistet vor allem mit Blick auf anwendungsorientierte Forschung einen unverzichtbaren Beitrag für die Wirtschaft im Allgemeinen und Gewerbebetriebe im Besonderen.

Viertens: Die Bevölkerung weiter entlasten

Mit dem Steuersenkungspaket wurde im vergangenen Jahr ein wichtiger erster Schritt unternommen, um die Bevölkerung finanziell zu entlasten. Doch dabei dürfen wir nicht stehen bleiben.

Denn klar ist: Die aktuelle Haushaltslage des Kantons eröffnet uns die notwendigen Spielräume, um unsere solide Finanzpolitik ohne Leistungsabbau mit weiteren finanziellen Entlastungen zu verbinden. Gerade vor dem Hintergrund steigender Lebenshaltungskosten sind wir davon überzeugt: Wer von Kaufkraft nicht nur redet, sondern auch handeln will, muss zuerst bei der Steuerbelastung ansetzen und nicht bei bürokratieintensiver Umverteilung. Deshalb sollten wir in den nächsten Jahren ein weiteres Entlastungspaket auf den Weg bringen, um die Steuerbelastung der baselstädtischen Bevölkerung nochmals spürbar zu reduzieren.

Fünftens: Mehr in unsere Infrastruktur investieren

Eine gute Infrastruktur ist der Schlüsselfaktor für einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Und vor allem mit Blick auf das Bevölkerungswachstum werden auch die Mobilitätsbedürfnisse weiter steigen. Wir müssen also heute schon in den Ausbau unserer Infrastruktur investieren, um auch in Zukunft gut aufgestellt zu sein.

Dazu gehört insbesondere das Infrastruktur-Projekt der trinationalen Regio-S-Bahn, das gemeinsam mit dem Bund vorangetrieben werden muss. Und auch der Rheintunnel als wichtiges Strassen-Projekt muss möglichst bald realisiert werden. Denn dieser würde nicht nur die Quartierbevölkerung entlasten, sondern gleichzeitig dafür sorgen, dass die Osttangente ihrer Sammelfunktion wieder gerecht werden kann. Ferner trägt der Bund praktisch die gesamten Kosten. Dies nun aufs Spiel setzen zu wollen, wäre ein Schildbürgerstreich sondergleichen.